



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/49

27. Februar 1950

## "Autoritäres Gewohnheitsrecht"

P.R. Die kurze Spanne einer öffentlichen Diskussion über die Möglichkeit einer Umwandlung der gegenwärtigen Kleinen in die Grosse Koalition, ist vorüber. Wer Einblick in die Dinge hatte, hielt sich von vornherein daraus fern. Aber schon die Tatsache der Diskussion war aufschlussreich: Niemand wäre bei einer unumstrittenen Position der Regierung überhaupt darauf verfallen, sie zu führen. Aber etwa seit Jahresbeginn haben sich die "Betriebsunfälle" der Regierung (um einen Ausdruck der dem Bundeskanzler sehr wohl gesonnenen "Neuen Zürcher Zeitung" zu gebrauchen) auffallend gehäuft - auf innen- wie aussenpolitischem Gebiet und oft griff das Missgeschick aus dem einen in den anderen Bereich und erhielt dadurch doppeltes Gewicht.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen standen Person und Politik des Bundeskanzlers. Er hat sich immer offenkundiger in eine Isolierung hineinmanövriert, die er vielleicht für glänzend hält, die meisten anderen aber, und darunter viele seiner Freunde, als schädlich, ja gefährlich empfinden. Man steht immer mehr unter dem Eindruck, dass Dr. Adenauer -wer ihn kannte, ist davon nicht überrascht - von der Bestimmung des Artikels 65 des Grundgesetzes, dass der Kanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen habe, einen allzu weitgehenden Gebrauch mache. Die Regierung hat im Grunde kein Programm, es sei denn das "Programm Adenauer", das ganz auf seine Person abgestellt ist und ihr entspricht: ultra-konservativ, starr in der Sache und nicht einmal verbindlich in der Form, misstrauisch bis zu tiefer Abneigung gegen sozialen Fortschritt, der mehr ist als die Hergabe eines Almosens, und von gleicher misstrauischer Ablehnung gegen die Bemühungen des Parlamentes und seiner Institution um Einblick und Mitwirkung in und auf die Politik der Regierung. Das gilt durchaus nicht nur für die Opposition

Die schon zitierte "Neue Zürcher" schrieb dieser Tage aus Bonn: "Die Kurzschlüsse der letzten Zeit sind kaum allein auf

mangelnde Erfahrung zurückzuführen. Ihre tiefere Ursache liegt vor allem in dem Verhältnis des Kanzlers zu seinen Mitarbeitern, seien es Minister, Beamte oder Abgeordnete". Adenauer könne sich schwer entschliessen, Befugnisse an Mitarbeiter zu delegieren, im Laufe der Zeit habe sich so etwas wie eine isolierende Schicht zwischen ihm und seinen Mitarbeitern gebildet. Eine deutsche Zeitung habe Adenauer kürzlich den Mann des "einsamen Entschlusses" genannt und der Kanzler selbst habe die Formulierung im Privatgespräch als nicht unzutreffend bezeichnet. Das alles ist sehr höflich und respektvoll gesagt.

Woanders drückt man sich anders aus. Am gleichen Tage schrieb das Zentralorgan der Schweizer Sozialdemokratie, die immerhin mit kurzem Abstand die zweitstärkste Partei des Landes ist, "Das Volkrecht": "Mehr und mehr zeichnet sich in den Handlungen der Bonner Staatsleitung der Versuch ab, auf unblutigem Wege den Dollfuß-Status eines oppositionslosen Regierungssystems zu erreichen". Hart wird die Politik der vollendeten Tatsachen und die "beharrlich verfolgte Taktik der Regierung" kritisiert, "die Opposition in Gestalt der Presse wie der Parlamentspartei unablässig und stillschweigend auszuschalten. Auf diese Weise soll sich in kurzer Zeit ein autoritäres Gewohnheitsrecht entwickeln".

Es ist sehr bedenklich, dass man im Auslande schon wieder Anlass hat, die Entwicklung in Westdeutschland unter solchen Vorzeichen zu betrachten, unabhängig davon, ob kräftig oder mattgetönte Formulierungen dem tatsächlichen Bild besser entsprechen. Jedenfalls ist nicht zu übersehen, dass man auch in den USA, in denen sozialistische Gedankengänge gewiss keine Heimstatt haben, mit wachsendem Argwohn der Regierungspraxis des Kanzlers Dr. Adenauer begegnet. Man fürchtet einfach, dass alle Hilfeleistung vergeblich ist, wenn nicht eine Politik mit ungleich stärkerem Willen zum innerdeutschen Spannungsausgleich betrieben wird, als es heute der Fall ist.

Neue Kominform-Offensive in Frankreich

Von Alfred Frisch, Paris

Die letzte Gross-Offensive der Kominform gegen Frankreich scheiterte Ende 1948. Ihr Misserfolg schuf in der Arbeiterschaft eine derartige Abneigung gegenüber jeder politischen Streikparole, dass die Kommunisten in den letzten 15 Monaten eine Wiederholung nicht wagen konnten. Auch jetzt kann trotz einer vorhandenen sozialen Unzufriedenheit die Lage für sie keineswegs als günstig angesehen werden. Sie mussten trotzdem auf den ausdrücklichen Befehl Moskaus hin wieder Unruhe in das Land bringen und versuchen nun, unter den verschiedensten Vorwänden die Arbeiterschaft für die Sowjetpolitik und gegen den Westen zu mobilisieren.

Diese neue Offensive entwickelt sich auf zwei an sich völlig verschiedenen Ebenen. Die eine ist der "Kampf der Weltarbeiterschaft für den Frieden", d.h. praktisch für die Ziele Moskaus. Unter dieser Parole werden die französischen Arbeiter, besonders in den Häfen, in den Verkehrsbetrieben und teilweise auch in der Metallindustrie, aufgefordert, die Waffenlieferungen nach Indochina in jeder Form zu sabotieren und gleichzeitig die Ausschiffung sowie den Transport des im Rahmen des Atlantikpakt von den USA Frankreich zur Verfügung gestellten Kriegsmaterials zu verweigern.

Das zweite Argument ist, da unpolitisch, wirkungsvoller. Es hat zum Mittelpunkt die unbefriedigenden Lebensbedingungen der Mehrheit der französischen Arbeiter und der damit zusammenhängenden Forderung nach Lohnerhöhung. Der Augenblick ist zweifellos günstig gewählt, da gerade jetzt die Verhandlungen zum Abschluss von Kollektivverträgen beginnen. Selbstverständlich könnten die Arbeiter ohne die kommunistische Demagogie leichter zu zufriedenstellenden Ergebnissen kommen, zumal die kommunistischen Lohnforderungen teilweise derartig masslos sind, dass ihre Ablehnung von vornherein feststeht.

Eine gewisse Verbitterung bei den Lohnempfängern kann allerdings nicht abgeleugnet werden, und es ist für die Kommunisten nicht schwer, aus diesem berechtigten Gefühl Nutzen zu schlagen. Die Erfolgsaussichten rein politischer Streiks sind nach wie vor gering, und diese Waffe wendet sich schliesslich immer wieder gegen diejenigen, die sie gebrauchen wollen. Die kommunistisch durch-

setzten Hafenarbeiter können vielleicht die Verladung von zwei oder drei Schiffen boykottieren, aber lange können sie dieses Spiel nicht fortsetzen, denn sie sind nicht reich genug, um ihre wirtschaftliche Existenz zugunsten der Kominform aufs Spiel zu setzen. Ausserdem verfügt die Regierung durchaus über die erforderlichen Machtmittel, um jeden politischen Streik erfolgreich zu bekämpfen.

Günstiger sind die Aussichten an der Lohnfront. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die kommenden Monate in Frankreich reich an sozialen Konflikten sein. Allerdings dürfte auch auf dieser Ebene keine politisch gefährlichen Massenbewegungen ausgelöst werden können. In den meisten Klein- und Mittelbetrieben und sogar in den Grossunternehmen verschiedener Industriezweige liegt die tatsächliche Entlohnung der Arbeiter bereits wesentlich über den bisherigen offiziellen Tarifen, und der Abschluss von Kollektivverträgen sollte kaum auf Schwierigkeiten stossen. Die Streikbewegungen werden sich daher auf verschiedene Grossbetriebe, besonders in der Metallindustrie, beschränken und gegebenenfalls auch die verstaatlichten Unternehmen berühren. Hemmend wirkt dabei das ziemlich verbreitete Gefühl, die Arbeiterschaft müsse bei längerem Ausstand, von materieller Erschöpfung bedroht, zwangsläufig den Kürzeren ziehen. Die Gewerkschaften sind jedenfalls nicht in der Lage, auch nur einigermaßen ausreichende Streikgelder zu bezahlen.

Der beste und bedauerlichste Trumpf der Kommunisten ist die Schwäche der anderen Gewerkschaften. Die antikommunistische Gewerkschaft "Force Ouvrière" spielt nur noch eine bescheidene Rolle und auch der Einfluss der aktiveren Christlichen Gewerkschaften ist verhältnismässig gering, zumal sie trotz ihrer theoretischen Unabhängigkeit gegen ihren Willen durch die Regierungspolitik der Volksrepublikanischen Partei belastet werden. Eine weitere Propagandawaffe der Kommunisten ist die betont reaktionäre Haltung eines Teiles der Unternehmerschaft, der die sozialen Versprechen der ersten Nachkriegszeit vergessen hat und nunmehr rücksichtslos den Arbeitnehmern eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verweigern will.

Ein Tag in der Volkspolizei-Schule von Meiningen

sp. Durch Meiningen, wie durch viele Städte der Sowjetzone, klingen morgens und abends wieder Trompetensignale. Um 23.00 Uhr

wird wieder Zapfenstreich geblasen wie früher: "Soldaten müssen nach Hause gehn..." Die Soldaten sind sogenannte Volkspolizisten,

obwohl man sonst diesen Charakter der Polizeiarmee gern leugnet. Man glaubt zu träumen, wäre nicht die Wirklichkeit in Gestalt

von blau uniformierten jungen Volkspolizisten, die durch die Leipziger und Knochenhauerstrasse zur Kaserne eilen, allzu deutlich.

Meiningen war früher Garnisonstadt. Heute befindet sich in den ehemaligen Kasernen eine Volkspolizeischule. Es sieht aus wie

früher. Ein grosses Kasernenportal, flankiert von zwei "Lilli-Marlen-Laternen". Ein kleines Wachgebäude zur Linken. Ein Posten unter

Gewehr kontrolliert die heimkehrenden Volkspolizisten. Wie einst nehmen auch jetzt Zuspätkommende den Weg über die Kasernenmauer.

Die Disziplin ist preussisch geblieben.

Am anderen Morgen mache ich den Versuch, die Kaserne zu besuchen. Es gelingt. Mein "Spezialausweis" bringt die Wache in

stramme Haltung, ich kann passieren. Bald darauf werde ich einem jungen "Kommandeur", Oberpolizeirat Helmut Baier, vorgestellt.

An der Stirnfront der Kaserne hängt ein riesiges Stalinbildnis, darunter die Worte: "Stalin, der Freund des deutschen Volkes".

Auf den beiden Ecktürmchen des Kasernenkomplexes flattern schwarz-rot-goldene und rote Fahnen. Um 6.30 Uhr wird durch Trompetensig-

nal geweckt. Die Dienstenteilung ist "wie in alten Zeiten", der Ton wie gehabt, rauh, aber nicht herzlich. Wie früher "Aufstehen"...

"Saulümmel"... usw. Zwischen 9.00 und 12.00 Uhr vormittags kann man täglich die alle drei Monate neu ankommenden "Rekruten"

"exerzieren" sehen. Die Kaserne ist zur Zeit mit 1200 Rekruten im Alter zwischen 17 und 22 Jahren belegt. Das Ausbildungsperso-

nalwechselt selten. 22 Kommissare (Offiziere), 4 PK-Leute (politische Kommissare), sowie rund 60 Ausbilder sind anzutreffen.

Der Nachmittag ist dem politischen Unterricht gewidmet; denn die jungen "Rekruten" sollen zu Pfingsten die Elitetruppe beim

"kleinen Staatsstreich" in Berlin bilden. Dazu bedürfen sie der ideologischen Festigung. Ausnahmslos gehören sie der kommunisti-

schen FDJ an. Als der Kommandeur mich mit den "Genossen und Spitzenfunktionären" für kurze Zeit allein lassen muss, benutze

ich die Gelegenheit, um den jungen 19-jährigen Volkspolizisten Paul B., der Ostflüchtling ist, in ein Gespräch zu verwickeln.

"Wie sind Sie denn zur Volkspolizei gekommen?" Sein Gesicht, nüchtern und einfach, war eine Anklage: "Ich war Lehrling in einem Installationsgeschäft. Eines Tages erhielt ich eine Vorladung des Kreispolizeiamtes Meiningen. Ich ging hin und wurde "schwer bearbeitet". Die Wahl blieb mir zwischen der "Volkspolizei" und "Aue". Ich wählte mit vielen meiner Kameraden die "Volkspolizei".

Die "ideologische Ausrichtung" ist bei Paul B. weit gediehen. Er ist, ohne zu heucheln, davon überzeugt, der Friede sei nur zu erhalten, wenn er und das deutsche Volk auf die deutschen Ostgebiete verzichten und die Oder-Neisse-Linie als Friedensgrenze anerkennen. "Imperialismus kennt nur der Westen... was Stalin tut, dient lediglich dem Frieden, auch wenn es wie Imperialismus aussieht". Mit dieser Einstellung sieht er auch den "Marsch auf Berlin". Er berichtet nur dem "Genossen von der SED", dass rund 100.000 junge Genossen der Volkspolizei am Pfingsttreffen der FDJ in Berlin teilnehmen werden. Von morgens bis abends wird gedrillt, auf dem Kasernenplatz und in der Politik. Er fragt mich ausdrücklich, mit Furcht in den Augen, ob ich Genosse sei und auch am Pfingsttreffen teilnehmen werde?

Ich beruhige ihn, dann meint er: "Genosse, Du weißt ja, die Öffentlichkeit darf nichts von unserer Teilnahme erfahren". Verschmitzt lächelnd fuhr er fort: "Das gibt einen Sturm".

Auf meinen Einwurf, dass die westlichen Alliierten sicherlich Gegenmassnahmen ergreifen würden, sagt Paul B.: "Die werden wohl niemals auf 500 - 600.000 junge Menschen schiessen, auch wenn diese Kommunisten sind; vor allem, wenn viele ausländische Jugendfreunde daran teilnehmen..."

Ich schaue dem Exerzieren der Jungen zu, denen man teilweise die Entbehrung und den Hunger aus der "Zivilzeit" immer noch ansieht. Es klappt schon, aber noch nicht<sup>50</sup> ganz wie einst. Nach einer kurzen Pause, in der ich mich mit einigen Ausbildern unterhalte, kommen einige Einheiten mit Karabinern, russischen Maschinenpistolen und neuen leichten MG's aus der Kaserne gerückt. Vier Bereitschaften, das sind 4 Kompanien, formieren sich. Ein ganzes Bataillon, mit dem Lied "Die Freie deutsche Jugend stürmt Berlin" ziehen sie zum Tor hinaus, zum nahen "Schiesplatz" in der Nähe von Walldorf bei Meiningen.

Ein Polizeirat in "zackiger deutschen Polizeiuniform" überquert den Kasernenhof. Alles, ob Offizier oder Ausbilder, nimmt "stramme Haltung" ein, bis der Offizier oder Ausbilder <sup>das Tor</sup> passiert hat. Selbst unser Kommandeur Baier, der doch einen höheren Dienst-rang innehat. "Genosse" Baier flüstert mir die Aufklärung zu: "Das war der "Sowjetnik", unser russischer KontrollOffizier!"

- o - o -

#### COMISCO-Ausschuss tagt in Paris.

sp. Die Vorsitzende des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Lotte Lenke, und die Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei Fritz Heine und Alfred Nau nehmen gegenwärtig an einer in Paris stattfindenden Tagung eines Unterausschusses der COMISCO teil. Diese Tagung internationaler Sozialisten beschäftigt die Frage der Unterbringung und Wiederansetzung sozialistischer Flüchtlinge aus den Osteuropäischen Staaten und Ost-Deutschland. Die Unterbringung soll sowohl für Westeuropa, als auch für Übersee erwogen werden.

- o - o -

#### Sozialistische Ärzte tagten in Hannover.

sp. In Hannover tagten über das Wochenende die sozialistischen Ärzte. Sie beschäftigten sich mit Fragen der Überbesetzung ihres Berufes, des Berufsethos, des Verhältnisses der Ärzte zu den Kassen und Kassenpatienten, der Ärztekammern und endlich mit der Anregung eines vom Bund zu schaffenden Berufs-Ordnungsgesetzes.

- o - o -

Prag ein bürokratischer Wasserkopf. (sp.) Beim vorjährigen Parteikongress der tschechischen Kommunisten gab Präsident Gottwald die Parole aus, dass Prag in kürzester Zeit zu einer Stadt der kommunistischen Arbeiter werden müsse. Trotz Zwangsausiedelungen von Altpensionisten, Kleingewerbetreibenden und aller politisch "verdächtiger" Personen konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Nach den letzten Angaben des Bürgermeisters wurden in Prag immer noch 388.000 Beamte und nur 277.000 Arbeiter gezählt. Es erwies sich, dass der Beamtenapparat der kommunistischen Partei ausserordentlich angeschwollen ist und dass besonders auch die Organisation des Fünfjahresplanes eine Unmasse von neuen Bürokraten in die Stadt gebracht hat. (B.81/b/2/272/hs)

- o - o -